AUFBRUCH FÜR THÜRINGEN

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014

Alternative für Deutschland

afd-thueringen.de

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014

Inhaltsverzeichnis

Präambel 4
Familie 6
Demographie und Zuwanderung 7
Gesundheit 8
Bildung, Wissenschaft und Kultur 10
Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht 15
Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln 17
Haushaltspolitik, Wirtschaft, Verkehr und Tourismus 19
Landwirtschaft 24
Energieversorgung 27
Schlußbetrachtung 30

Präambel

Im Wissen um unser kulturelles Erbe und in Sorge um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart treten wir als mündige Staatsbürger für die Alternative für Deutschland (AfD) in die Öffentlichkeit, um unser in der Friedlichen Revolution wiedererstandenes Thüringen, um Deutschland und Europa **auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität mitzugestalten.**

Einem **„Europa der Vaterländer"** gehört unser Herz. Dieses soll aus souveränen, demokratischen Staaten bestehen, die eigenverantwortlich die politischen und ökonomischen Belange ihrer Völker vertreten. Ein zentralistischer europäischer Einheitsstaat darf nicht das Ziel deutscher Politik sein. Sowohl die europäische Einigung, als auch die Reichweite des Staates im Innern auf allen Ebenen, als auch gegenüber dem Bürger, ist nach dem Prinzip der Subsidiarität zu gestalten. Dieses besagt, daß übergeordnete gesellschaftliche bzw. staatliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen.

Unser Selbstverständnis fußt auf der Verteidigung des Rechtes auf Meinungsfreiheit, wie es in Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie in Artikel 11 der Verfassung des Freistaates Thüringen niedergelegt ist. Die Meinungsfreiheit ist das Fundament, auf dem die Demokratie und der Rechtsstaat ruhen. Sie darf nicht eingeschränkt oder durch die Meinungsmonopole der sogenannten Politischen Korrektheit ausgehöhlt werden.

Steuerfinanzierte meinungssteuernde Projekte sind weder mit der Meinungsfreiheit noch mit der Volkssouveränität zu vereinbaren. Es ist Sache der Bürger, die Politik anzuleiten und nicht Sache des Staates, mit Steuergeldern den Souverän zu belehren. Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muß sich wieder schließen.

In diesem Bewußtsein wenden wir uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen, Andersdenkende einzuschüchtern oder zivilgesellschaftlich auszugrenzen. Wo dies militant geschieht, erinnern wir den Staat an sein Gewaltmonopol und die Öffentlichkeit an ihre demokratische Pflicht, sich für die Wahrung von Grundrechten und –werten zu engagieren.

In der Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das besagt das Prinzip der Volkssouveränität, dem wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Die gewählten Politiker haben die Aufgabe, dem Volk zu dienen und seinen Willen zu verwirklichen. In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch eine Politikerklasse herausgebildet, die sich den „Staat zur Beute" machen will. Dies wird begünstigt durch Berufspolitiker, die bereits in den Jugendorganisationen der Parteien begonnen haben und ohne Berufserfahrung gleichwohl anspruchsvolle öffentliche Ämter einnehmen. Die AfD ist stolz darauf, daß sie über unverbrauchte Politiker mit langjähriger Berufserfahrung außerhalb der Politik verfügt, für die sich die Existenzfrage bei Verlust eines politischen Amtes nicht stellt. Sie sind unabhängig und für Argumente von Fachleuten offen.

Eine wachsende Politikverdrossenheit gefährdet zunehmend die Akzeptanz der Demokratie als Verfassungsprinzip. Wir wollen die erstarrte Parteiendemokratie wieder mit Leben erfüllen. Dabei sehen wir in der direkten Demokratie ein unverzichtbares Mittel der aktiven Bürgerbeteiligung. Direktdemokratische Einflußmöglichkeiten auf Kommunal- und Landesebene müssen ausgebaut, systematisiert und routinemäßig angewendet werden. Beschlüsse der Bürger dürfen dabei nicht nur formaljuristisch bindend sein, sondern müssen zwingend in einem angemessenen Zeitrahmen umgesetzt werden.

Der Meinungspluralismus muß auch im Thüringer Landtag befördert werden. Dies kann mit einer Absenkung der Sperrklausel von 5 auf 3 Prozent erreicht werden.

Thüringen ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der föderalen Struktur ist es auf seinem Gebiet für Kultur, kommunale Angelegenheiten und innere Sicherheit sowie den Vollzug der meisten Bundesgesetze und vieler Regelungen der EU zuständig. Gegenstände der Landespolitik sind daher die Landesgesetzgebung, der Landeshaushalt, die Landesregierung und eine umfangreiche Landesverwaltung.

Die AfD nimmt sich dieser Aufgaben an, indem sie der bedrängten Meinungsfreiheit Raum schafft, die direkte Demokratie fördert und faktenorientierte statt ideologiegesteuerte Politik betreibt.

Die AfD wird sich einer Ausweitung der Stellen für politische Beamte im Freistaat und der weit verbreiteten rechtswidrigen Praxis der politischen Einflußnahme auf die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst entgegenstellen.

Die AfD ist sich der zurückgehenden Haushaltsmittel des Freistaates und damit der Bedeutung der Prioritätensetzung und des schlanken Staates bewußt. Die Neuverschuldung ist bei null zu halten, Altschulden und Nebenhaushalte sind abzubauen. Die notwendigen Eigenmittel zur Kofinanzierung von Bundes- und EU- Programmen sind zu sichern. Priorität genießen außerdem die öffentliche Sicherheit, die schulische Ausbildung, das Landeserziehungsgeld und die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Produkte der heimischen Wirtschaft.

Die AfD setzt sich dafür ein, daß Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt möglichst viele Aufgaben im Verbund erledigen.

Wir werden mit aller Kraft an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unseres Volkes arbeiten. Das ideelle und materielle Erbe, das wir erhalten haben, wollen wir ungeschmälert an unsere Kinder weitergeben. Wir bekennen uns zu unserer Identität als Thüringer, Deutsche und Europäer, pflegen und verteidigen diese und erkennen in ihr die Grundlage unserer Weltoffenheit.

Familie

Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und entzieht sich daher, soweit ihre Kräfte reichen, der Einwirkung des Staates und der Wirtschaft. Familienpolitik ist das Kernstück jeder Sozialpolitik. Die Familie löst soziale Fragen über die Generationen hinweg menschlicher und auch wirtschaftlicher als der Staat. In ihr werden Werte – Freiheit, Solidarität, Verantwortung, Bindungsfähigkeit – gelehrt und gelebt, die für eine gute Zukunft unverzichtbar sind.

Die Familienpolitik des Bundes und der Länder muß einem einheitlichen Konzept folgen, das sich an der Familie aus Vater, Mutter und Kindern unter Einschluß der älteren Generation orientiert. Versuchen, mit Hilfe der Gender-Ideologie den Sinn des Wortes „Familie" in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu entziehen, ist entgegenzutreten. Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung. Die andauernden Bestrebungen sie über demokratisch nicht legitimierte internationale Organisationen zu implementieren, sollten sowohl im Interesse der Sache als auch der Demokratie unterbunden werden.

Die AfD fordert, die Familienpolitik des Bundes und der Länder so zu gestalten, daß Familien mit Kindern steuerlich, in den sozialen Sicherungssystemen und durch Zuwendungen so gestellt werden, daß die im Vergleich zu Kinderlosen erforderlichen Mehraufwendungen für ihre Kinder und unvermeidbare Verluste zumindest ausgeglichen werden. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, da Kinder die Altersversorgung auch der Kinderlosen sichern. Ziel dieser Politik ist unter anderem die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Im Einzelnen bedeutet dies:
Steuerliche Berücksichtigung der Kinder beim Familieneinkommen (Familiensplitting),
Familiendarlehen, deren Rückzahlung mit jedem Kind um ein Drittel erlassen wird,
Gewährung eines der Gebühr für Krippenbetreuung entsprechenden Betrages in den ersten drei Jahren auch für die Betreuung in der Familie,
Übernahme der Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme für die Zeit der häuslichen Kinderbetreuung durch den Staat in Höhe der Beiträge vergleichbarer professioneller Kräfte.
Nach fünfjähriger Erwerbspause infolge Kinderbetreuung besteht ein Anspruch auf berufliche Fortbildung mit dem Ziel, den Kenntnisstand der neuesten Entwicklung anzupassen.

Die Übernahme der Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme und der Anspruch auf Fortbildung gelten auch für die Betreuung pflegebedürftiger Familienangehöriger. Die Familienarbeit bei der Pflege ist im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme angemessen zu entgelten.

Unser Rentensystem basiert neben der Beitragszahlung darauf, daß auch in Zukunft genügend Beitragszahler vorhanden sind. Dabei wird die Erziehung von Kindern auch nach den neuen Gesetzesvorhaben ungenügend berücksichtigt. Wer Kinder erzieht, leistet aber einen gleichwertigen Beitrag zum Funktionieren des Rentensystems wie der Beitragszahler.

Wir fordern ein langfristig tragfähiges Rentenkonzept, das die Generationengerechtigkeit zwischen den heutigen Rentnern und künftigen Generationen wieder herstellt.

Die AfD tritt für einen verbesserten Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten in Thüringen ein. Dieser ist an eine kindgerechte Betreuung, die örtlichen Gegebenheiten beim Alter und der Ausrichtung der Betreuungsstätte anzupassen.

Familien, die das wünschen und brauchen, insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes, soll Unterstützung durch eine Familienhebamme zur Verfügung stehen.

Das Thüringer Landeserziehungsgeld wollen wir schrittweise, sowohl im Blick auf die Bezugsdauer als auch auf die Höhe, ausbauen. Es soll zunächst die ersten drei Lebensjahre eines Kindes abdecken und für das erste Kind auf 200 €, für das zweite Kind auf 250 € und ab dem dritten Kind auf 300 € angehoben werden.

Außerdem setzen wir uns für die freie Wahl des Geburtsortes, ganzheitliche Vor- und Nachsorge und das Recht jeder Frau ein, bei der Entbindung durch eine Hebamme versorgt zu werden. Für unsere freiberuflichen Hebammen muß eine langfristige Lösung für den drohenden Ausfall der Haftpflichtversicherung gefunden werden. Die Haftpflichtprämien müssen deutlich gesenkt werden, damit der Berufsstand der freiberuflichen Hebammen erhalten bleibt.

Wir sind auf dem besten Weg zu einer kinderentwöhnten Gesellschaft. Damit es gelingt, die Interessen der Familien und ihrer Kinder wieder in den Mittelpunkt staatlichen Handelns zu stellen, müssen alle Gesetze, Verordnungen und alle Verwaltungshandlungen einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Maßnahmen, die Familien stärken, haben Priorität, was Familien schadet, muß unterbleiben. Wenn wir in diesem Punkt, Familien und Kindern eine gute Zukunft in Thüringen zu geben, scheitern, sind alle anderen Aktivitäten umsonst. Deshalb werden wir auch darauf achten, daß Thüringer Initiativen auf Bundesebene – z. B. über den Bundesrat – die Stärkung der Familien zum Ziel haben.

Demographie und Zuwanderung

Demographie

Thüringen muß als Bundesland für junge Familien attraktiver gemacht werden. In allen Teilen unseres Freistaates – in Stadt und Land – muß ein selbstbestimmtes Leben sowie ein aktives Miteinander von Jugend, Familien und Senioren im gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.
Im Mittelpunkt der regionalen Entwicklung steht für die Alternative für Deutschland der Schutz von wertvollen Lebensbedingungen, der Erhalt von kultureller Identität und die Achtung vor dem, was den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ausmacht. Der AfD in Thüringen geht es darum, gesellschaftliche Werte zu fördern, d. h. eine hohe Qualität sozialer Bindungen, das ehrenamtliche Engagement, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Identifikation mit der Heimat zu sichern.
Dazu gehört auch, junge Familien bei der Schaffung von Wohnraum zu unterstützen ggf. durch die

Wiedereinführung eines „Baukindergeldes“ oder günstige Kreditbedingungen und die Förderung des gelebten Zusammenhalts der Generationen etwa in Mehrgenerationenhäusern.
Die AfD setzt sich dafür ein, eine optimistische Grundhaltung in der Gesellschaft zu verankern und Freiraum für eine kreative Selbstverwirklichung des Einzelnen zu schaffen und zu bewahren.

Zuwanderung

Die AfD in Thüringen fordert eine bedarfsorientierte Einwanderungspolitik nach klaren Regeln, das heißt, ein Zuwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild. Kern des kanadischen Modells ist ein definiertes Punktesystem, das sich an den Sprachkenntnissen, der Ausbildung und dem beruflichen Wissen orientiert, sowie die Erfordernisse des heimischen Arbeitsmarktes berücksichtigt.
Wir fordern Volksabstimmungen zu Art und Umfang von Einwanderung. Die AfD setzt sich für regionale Regelungen in den Bundesländern ein, um den mittelständischen Betrieben und Einrichtungen den Fachkräftezugang von außerhalb zu ermöglichen. Einwanderung darf allerdings weder dazu führen, daß die Reallöhne weiter sinken, noch dazu, daß den Entwicklungs- und Schwellenländern die dort dringend benötigten Fachkräfte entzogen werden.
Eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme muß unbedingt unterbunden werden, ebenso der Mißbrauch von Sozialleistungen.
Zweck der Freizügigkeit ist die Erleichterung von Arbeitsaufenthalten und ggf. eine dauerhafte Ansiedlung in einem EU-Land.
Wir fordern eine klare Umsetzung von Zuwanderungs- und Asylrecht.
Das Asylrecht dient nicht der Zuwanderung, sondern soll politisch Verfolgten Schutz bieten. Ernsthaft politisch Verfolgten im Sinne des Grundgesetzes ist Asyl zu gewähren, nicht Verfolgte sollten zügig in ihr Herkunftsland zurückkehren. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, den Mißbrauch der doppelten Staatsbürgerschaft zu beenden.

Gesundheit

Die steigende Lebenserwartung führt trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen zu einem erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung. Diese kann nicht in erster Linie durch die Kliniken geleistet werden. Ein solides Hausarztsystem auch im ländlichen Raum ist als Basis unerläßlich.

Um eine gute medizinische Versorgung zu sichern, erhebt die Alternative für Deutschland die folgenden Forderungen:

Arztpraxen im ländlichen Raum verdienen erheblich verstärkte Unterstützung. Um deren Attraktivität als Wirkungsbereich für Ärzte zu erhöhen, müssen gemeinsam von Gemeinden, Landkreisen und Freistaat Förderungen entwickelt werden. Um die Zeiten zu überbrücken, in denen kein Arzt verfügbar ist, sollten Räume bereitgestellt werden, welche von benachbarten Allgemeinärzten als Satellitenpraxen genutzt werden können. Unterstützend wirken kann die Einführung von nicht akademischer medizinischer Betreuung im ländlichen Raum. Um die Zeiten, in denen kein Arzt verfügbar ist, zu überbrücken, können speziell ausgebildete Gesundheitspfleger/Innen eingesetzt werden. Diese würden die alltägliche Versorgung leisten und in besonderen Situationen Rücksprache mit ihrem

zuständigen Arzt halten.
Um dem Arzt mehr Zeit für den Patienten, für Diagnosestellung, Beratung und Therapie zu geben, müssen die bürokratischen Hürden für den Praxisbetrieb geprüft und reduziert werden.

Zur Unterstützung der häuslichen Pflege fordert die AfD in Thüringen eine Verbesserung des Beratungsangebotes für pflegewillige Angehörige. Außerdem muß die Finanzierung der häuslichen Pflege verbessert werden.

Um die medizinische Versorgung optimal zu sichern, müssen gerade junge Ärzte und Pflegepersonal auch finanziell sehr gut gestellt werden. Weiterhin muß die Aktivierung von Arbeitskraftreserven verbessert werden. Der Weg für Quereinsteiger in die Pflege sollte einfacher werden. Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Ärzte muß gestoppt werden.

Wir fordern für aus dem Ausland zugewanderte Ärzte den Nachweis des Sprachniveaus C1, da für den Therapieerfolg eine sprachlich korrekt erhobene Anamnese, Aufklärung und Beratung unerläßlich sind.
Die AfD fordert im Gesundheitswesen die Übernahme eines wie in den Niederlanden funktionierenden Hygieneregimes, um Todesfälle, Amputationen und Dauerschäden durch multiresistente Keime, wie z.B. MRSA, auf das geringstmögliche Maß abzusenken.

Mit Blick auf die schon erwähnte steigende Lebenserwartung und dem damit einhergehenden erhöhten Hilfebedarf der Bevölkerung wird eine flächendeckende Versorgung mit einem medizinischen Notdienst immer wichtiger. Im ländlichen Bereich ist der medizinische Notdienst durch einen Bereitschaftsdienst von Hausärzten ersetzt worden, mit im Bundesvergleich sehr langen Alarmierungszeiten (Hilfsfristen - Thüringen: 14 Minuten, in ländlichen Bereichen 17 Minuten).
Die AfD fordert: Im Notfall muß ein Rettungswagen inkl. Rettungsassistenten und Rettungssanitäter spätestens in 10 Minuten nach der Alarmierung vor Ort sein, Notärzte in spätestens 12 Minuten in der Stadt, 14 Minuten im ländlichen Raum. Im Notfall zählt jede Sekunde.

Katastrophenschutz: Die Flutkatastrophen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß eine kompetente zentrale Koordinierung mit entsprechendem Weisungsrecht fehlt.
Die AfD fordert: Eine zentrale staatliche Leitstelle für den Katastrophenfall im Freistaat einzurichten. Die Leitstelle ist nach Klärung der finanziellen und technischen Fragen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, bei der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt oder der Thüringer Landes-, Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule anzusiedeln. Sie stellt die Aus-und Fortbildung des Leitstellenpersonals sicher und pflegt die Einsatzunterlagen. Die Leitstelle wird im Katastrophenfall (abhängig von der Art der Katastrophe) von einem staatlichen Beauftragten (regelmäßig einem Staatssekretär oder Abteilungsleiter des Innenministeriums) verantwortlich geführt. Die Kosten trägt das Land.

Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bildung ist der Schlüssel zur Erhaltung und Entwicklung eines kulturell selbstbestimmt und politisch souverän lebenden Volkes. Zudem ist sie die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des rohstoffarmen Hochtechnologielandes Deutschland.

Die Entfaltung seiner Anlagen ist die Aufgabe jedes Einzelnen; Eltern tragen dabei Verantwortung für ihre Kinder. Staatliche Bildungseinrichtungen müssen diese Selbstentwicklungsaufgabe bestmöglich unterstützen. Ein Bildungsbemühen, das den mündigen Staatsbürger zum Ziel hat, darf nicht primär auf ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet sein – ohne diese zu vernachlässigen. Wir Deutschen können selbstbewußt auf eine einzigartige Bildungstradition verweisen. Wir brauchen Bildungsmoden nicht hinterherzulaufen. Stattdessen müssen wir uns wieder auf die Grundsätze besinnen, die uns zu dem gemacht haben, was wir Jahrzehnte lang waren – eine weltweit führende Wissenschaftsnation.

Schulwesen

Die Forderungen nach Umwandlung der Schulpflicht in eine Bildungspflicht nach dem Vorbild anderer europäischer Länder, die ein Unterrichten in der Familie und über Fernschulen gestatten, sind in erster Linie durch die schlechten Ergebnisse gleichmacherischer Schulpolitik in der Mehrzahl der Bundesländer verursacht. Überdies bewirkt eine überbetonte „Sozialpädagogisierung" in der heutigen schulischen Realität oft lang andauernden „Sozialstress" für Kinder und Jugendliche, der das Hauptziel von Schule unterläuft, nämlich den gemeinschaftlichen und leistungsorientierten sowie zu Lebenstüchtigkeit motivierenden Erwerb von Wissen und Können.
Wir bekennen uns daher zur Schulpflicht und setzen uns ein für den Erhalt eines gegliederten, durchlässigen Schulsystems - ob innerhalb derselben Schule oder verteilt auf verschiedene Schulen - und für die erneute Stärkung seines Hauptziels unter nachdrücklicher Einbeziehung familiärer Bildungsverantwortung.
Ausschließlich vom gegliederten Schulsystem und seinem Hauptziel her ist auch seriös zu entscheiden, welche lernbehinderten Kinder im Rahmen einer differenzierten Inklusion einbezogen werden können, und welche lernbehinderten Kinder in Förderschulen weitaus besser aufgehoben sind. Das pauschale Inklusionsmodell hingegen ist gescheitert und muß sowohl als exorbitante, den Kommunen aufgebürdete finanzpolitische Fehlsteuerung, wie auch als tiefgreifende Beeinträchtigung des Hauptziels von Schule aufgegeben werden. Nur eine Differenzierung nach Interessen, Begabungen und Leistung ermöglicht Kindern eine optimale Entfaltung. Ziel des Gymnasiums muß die Studierfähigkeit der Abiturienten und nicht ihre bloße Masse sein. Die Regelschule muß wieder zum Herzstück des Thüringer Bildungssystems werden, damit die Lehrstellen in Thüringen mit ausreichend qualifizierten und sozial kompetenten Bewerbern besetzt werden können. So bleibt auch das deutsche System der dualen Ausbildung – die Kombination aus schulischer und betrieblicher Bildung – ein Erfolgsmodell. Wir sind für die Beibehaltung der Schulempfehlung durch die Grundschulen.

Schulen in freier Trägerschaft fördern die Qualität und Vielfalt unserer Bildungslandschaft. Wir wollen die Privatschulfreiheit stärken und setzen uns daher für die weitgehende personelle und finanzielle Gleichstellung ihrer Ausstattung mit der Ausstattung staatlicher Bildungseinrichtungen ein.

Damit wird auch gewährleistet, daß Kinder aus finanzschwachen Familien vom Angebot der privaten Schulen profitieren können.

Ein hochwertiges, breitgefächertes Förderschulsystem muß erhalten und ausgebaut werden. Inklusion kann an speziellen Schwerpunktschulen gelingen, wenn diese bestens ausgestattet sind und die Lehrkräfte dort professionell ausgebildet sind und begleitet werden. Die Eltern betroffener Kinder haben Anspruch auf sachliche und kompetente Beratung seitens der Schulen. Wir sind auch hier für die Beibehaltung der Schulempfehlung.

Die Mißachtung von Gemeinschaftsinteressen, wie sie etwa an der Beschädigung von Gemeinschaftseinrichtungen zum Ausdruck kommt, sendet jeden Tag die verheerende Botschaft, daß die Verantwortlichen in dieser Gesellschaft weder willens noch imstande sind, die Gemeinschaft vor den Launen und Frustrationen Einzelner zu bewahren. Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, durch effiziente pädagogische Maßnahmen sich und die lernwilligen Schüler auf effektive Weise vor solchen Schülern zu schützen, die den Unterricht immer wieder stören und behindern. Zu diesen Maßnahmen gehört auch, daß der Schulleiter im Interesse der Schulgemeinschaft frühzeitig und unbürokratisch von seinem Hausrecht Gebrauch machen darf.

Eine reguläre Einschulung soll erst bei ausreichenden Deutschkenntnissen erfolgen.

Wir fordern, daß jedes Grundschulkind in Thüringen die Schreibschrift erlernt und damit in seiner kognitiven und feinmotorischen Entwicklung optimal gefördert wird. Die Lernmethode „Lesen durch Schreiben“, die nachweislich zu dauerhaften Problemen in der künftigen Rechtschreibung der Schüler führt, ist aus den Lehrmethoden zu streichen.

Wir wenden uns gegen eine Früh- und Hypersexualisierung in Schule und Kindergarten. Sexualkundeunterricht muß mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder Schritt halten und gehört deshalb nicht in den Kindergarten, sondern in die Zeit der Pubertät. Lehr- und Lehrbuchinhalte haben Leitbildfunktion. Sie sollten sich vorrangig an der Lebenswelt von Mehrheiten orientieren, nicht vorrangig an der von Minderheiten. Gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen, wie „Gender Mainstreaming“, lehnen wir ebenso ab, wie scheinbar geschlechterneutrale Bezeichnungen („zu Fuß Gehende“ statt „Fußgänger“ oder „Lehrkraft“ statt „Lehrer“). Damit wird – ideologisch motiviert – das grammatische Geschlecht mit dem biologischen gleichgestellt.

Schülern ist durch eine einheitliche Notengebung eine Einschätzung ihrer Leistung und eine Verortung dieser Leistung innerhalb der Gruppe zu gewähren. Sitzenbleiben sollte nicht als „Schande“ negativ, sondern als Notwendigkeit der Entwicklung persönlicher Reife im Sinne einer zweiten Chance positiv begriffen werden. Versetzungsentscheidungen müssen daher jedes Jahr getroffen werden. Mit der Versetzung in die 11. Klasse gilt der Abschluß der 10. Klasse als erlangt.

Eine klare Fächertrennung (Fachunterrichtsprinzip) muß Grundlage für die Ausbildung der Lehrer und für den Unterricht in den Schulen sein. Das Land muß gewährleisten, daß der Fachunterricht durch in diesen Fächern ausgebildete Lehrer erteilt wird.

Die derzeitige Fokussierung auf die gymnasiale Bildung führt in vielen Fällen zu unzureichenden Kenntnissen und Fähigkeiten unserer Regelschulabsolventen. Die AfD setzt sich dafür ein, daß die Regelschule und ihre tragende Funktion für die duale Ausbildung gestärkt wird.

Wir fordern, daß bei der Rückstellung vom Besuch der ersten Klasse um ein Jahr der Elternwille wieder mehr berücksichtigt wird. Die Einführung der verlängerten Schuleingangsphase hat dazu geführt, daß eine Rückstellung nur noch erfolgen kann, wenn gesundheitliche Gründe vorliegen, die einen erfolgreichen Besuch der ersten Klasse nicht erwarten lassen. Für das Kind im Einzelfall bedeutsame Faktoren, wie die soziale Entwicklung oder die Integration in die Kindergartengruppe, können dadurch nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Wir wollen Schulstandorte erhalten. Daher verzichten wir auf starre Vorgaben von Schul- und Klassengrößen; jahrgangsübergreifender Grundschulunterricht in bevölkerungsschwachen Gebieten ist der Auflösung von Schulen vorzuziehen.

Aufgrund fehlender Neueinstellungen hat das Durchschnittsalter der Lehrerkollegien in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Jetzt sind Stellenangebote für Thüringer Referendare dringend notwendig. Um die in Thüringen ausgebildeten Lehramtsanwärter im Land zu halten und für einen qualitätsgerechten Einsatz der Mittel, ist die Personalautonomie für verantwortungsvolle Schulen zu stärken. Es sind schulartspezifische Funktionsstellen zu schaffen und zu besetzen. Lehrer müssen endlich wieder mehr Zeit für den Fachunterricht und ihre Schüler haben, um ihren Bildungsauftrag mit Nachdruck erfüllen zu können. Für ein positives Lernklima ist es kontraproduktiv, die Lehrer mit immer mehr Dokumentationspflichten und lehrerfremden Aufgaben zu belasten; dem teilweise alarmierenden Krankenstand der Lehrer muß entgegengewirkt werden.

Wissenschaft und Berufsausbildung

Die Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses hat vor allem in der Lehre die traditionellen Stärken der deutschen Universität durch überbordende Bürokratie schwer beschädigt. Entgegen dem ursprünglichen Plan hat der Bologna-Prozeß zu einer Verschlechterung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu geringerer Mobilität und einer weitgehenden Verschulung des Studiums geführt. In vielen Fächern ist der Bachelor zwar formal ein berufsqualifizierender Abschluß, faktisch jedoch ohne den Master unbrauchbar.
Die Autonomie der Thüringer Hochschulen und Fachhochschulen ist zu stärken. So soll es ihnen auch möglich sein, die bewährten Magister- und Diplomstudiengänge anstelle der Bachelor-/Masterstudiengänge wieder einzuführen. Der Verschulung der Universitäten ist wirksam entgegenzutreten; umfassend gebildete, zur Eigenverantwortung fähige Hochschulabsolventen sind auch in der Wirtschaft leistungsfähiger.

Eine politisch verordnete Akademikerquote führt hingegen zu immer größeren Massenuniversitäten und zur Verflachung von Studieninhalten. Die Finanzierung der einzelnen Fachbereiche ist vor allem davon abhängig, daß immer mehr Studenten angenommen und bis zum Examen durchgeschleust werden. Die AfD setzt sich stattdessen für ein angemessenes Niveau, die Verstärkung des universitären Lehrpersonals und für eine feste und langfristige Finanzierungszusage an die Universitäten ein.

Der Freistaat Thüringen hat sich darum zu bemühen, daß mit dem Bund eine Kooperationsmöglichkeit gefunden wird, welche die langfristige Ausstattung mit Finanzmitteln sichert. Nur so schützen wir die Mitarbeiter vor mittlerweile üblichen Kurzzeit- und Honorarverträgen, hoher Arbeitsbelastung bei geringer Bezahlung und letztlich vor der Abwanderung der qualifizierten Fachkräfte aus Thüringen in andere Bundesländer oder ins zahlungskräftigere Ausland. Nur so werden die Universitäten als unabhängige Forschungsinstitutionen vor der Abhängigkeit von Drittmittelgebern geschützt.

Im Sinne der Bildungsvielfalt und der Vereinbarkeit von Beruf, Weiterbildung und Familie setzen wir uns für den Ausbau und die Förderung von Angeboten der öffentlichen und privaten Fernuniversitäten ein.

Die AfD lehnt das von der EU massiv betriebene »Gender Mainstreaming« ab, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt. Die Ummünzung wissenschaftlich hoch umstrittener Forschungsprojekte im Rahmen der »Gender Studies« zu gesellschaftspolitischen Maximen sollte nicht durch die öffentliche Hand finanziert werden. Bei der Stellenvergabe an Universitäten muß die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Statt Quotenregelungen zu erlassen, muß die Politik die Chancengleichheit für Mann und Frau auf allen gesellschaftlichen Feldern unterstützen.

Fächerkombinationsverbote sind kontraproduktiv hinsichtlich der unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Studenten, wie auch der hieraus möglicherweise neu zu generierenden Berufsbilder. Vielmehr sollte eine eingehende Berufsperspektiven-Beratung über Chancen und Risiken von Fächerkombinationen aufklären, die Entscheidung hierüber aber letztlich den Studenten überlassen werden. Die AfD wendet sich gegen die Ummünzung unverbindlicher Empfehlungen eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) zu verbindlichen und tendenziell gleichmacherischen bzw. spezifische Qualifikationsanforderungen nivellierenden Richtlinien durch die Kultusministerien der Bundesländer. Die Hoheit über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen muß bei den qualifizierenden Institutionen der Bundesländer bleiben.

Der Meisterbrief und die mit ihm verbundenen Qualitätsstandards sind unbedingt zu erhalten. Insgesamt bildet eine Stärkung von Hochschule, Fachhochschule und Berufsfachschule die Voraussetzung der wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zukunft Thüringens, in welchem Handwerk, Mittelstand und Bildungsschichten das Rückgrat bilden.

Der Freistaat Thüringen muß für Fachkräfte Anreize schaffen, in Thüringen zu bleiben und zugleich Anlaß für qualifizierte Fachleute aus anderen Bundesländern bieten, sich intensiver mit unserem Arbeitsmarkt zu befassen. Wir fordern daher eine Einmalzahlung für Absolventen einer Aufstiegsfortbildung wie zum Beispiel Techniker, Meister und Fachwirte, die ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit einem Thüringer Unternehmen eingehen und dieses über einen angemessenen Mindestzeitraum aufrechterhalten.

Das Promotionsrecht muß den Universitäten bzw. Hochschulen mit universitärem Anspruch vorbehalten bleiben, da nur sie das für eine anspruchsvolle Promotionsleistung notwendige disziplinäre und interdisziplinäre Forschungs- und Lehrangebot zur Verfügung stellen können. Das Promotions-

recht entspringt einem Selbstverständnis als Voll-Universität, dessen Voraussetzungen - gerade auch in interdisziplinärer und interkultureller Hinsicht - nur an einer Voll-Universität gegeben sind. Fachhochschulabsolventen können in Kooperation mit Hochschulen promovieren.

Unterrichts- und Wissenschaftssprache ist in der Regel Deutsch unter der Voraussetzung, daß die schon mit Beginn eines Studiums vorzuweisenden Fremdsprachenkenntnisse die Einbeziehung von Primärquellen in anderen Sprachen kompetent ermöglichen.

Die Zukunft Thüringens als einem von Handwerk, Mittelstand und Bildungsschichten geprägten Bundesland sieht die AfD in der Stärkung dualer Studiengänge.

In die Lehrplanerstellung für Schulen und Hochschulen sollten nicht nur Pädagogen und Vertreter der Kultusbürokratie, sondern maßgeblich auch Wissenschaftler sowie Berufsgruppenvertreter einbezogen werden.

Kultur

Thüringen hat eine reiche Kulturlandschaft, die wir erhalten und fördern wollen.

Nie gab es so große Probleme mit der Identitätsfindung der Jugend wie heute. Kulturelle Bildung schafft Identität und Identifikation mit unserem Heimatland. Daher sollten Aspekte regionaler Kultur und Kulturgeschichte in der Schule nachhaltig vermittelt werden. Bei der musischen und künstlerischen Bildung in der Schule muß die Herkunft und Entwicklung unserer Hochkultur den Kindern und Jugendlichen wieder nähergebracht werden.

Die Musik- und Kunstschulen legen den Grundstein für die musikalische und künstlerische Entwicklung unserer Kinder und sind daher besonders zu fördern. Thüringen sollte sich zu diesem hohen Stellenwert der musikalischen und künstlerischen Bildung bekennen, indem es ein Musikschulgesetz auf den Weg bringt. Die Thüringer Musikschulen brauchen feste Beträge zu ihrer Finanzierung, eine Beteiligung des Freistaates an den Personalkosten und die Möglichkeit, deutlich mehr der derzeitigen Honorarkräfte fest anzustellen. Jahrelange Wartezeiten für Kinder, die ein Instrument erlernen wollen, sind inakzeptabel. Besonders begabten Kindern soll unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund kostenloser Unterricht im Zuge eines Stipendiums in Aussicht gestellt werden.

Der Theaterbetrieb darf nicht zu einer überdimensionierten Event-Veranstaltung verkommen, die den Geschmack des Publikums und nicht die Aussagekraft der Kunst zum Maßstab nimmt. Stattdessen muß die Finanzierung der Thüringer Theater und Orchester, sowie von deren Künstlern, verläßlich geklärt werden. Mit der Kunst gewinnt das Land seine geistige Tiefe – besonders Thüringen als Ort großer Musik- und Theater-Traditionen darf hier keine Möglichkeit verschenken.
Denkmalschutz und Denkmalpflege sind elementar für unsere Kulturpolitik. Denkmalförderung sollte nicht nur in finanzieller Unterstützung bestehen, sondern auch durch breitenwirksame Veranstaltungen den Bürgern nahegebracht werden.

Allen Bürgern steht das Recht zu, sich in Vereinen zusammenzuschließen und ihre Freizeit aktiv zu

gestalten. Wir setzen uns dafür ein, daß Thüringens vielfältige Vereinslandschaft in ihrer ganzen Breite gefördert wird.

Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht

Die Alternative für Deutschland steht für Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt sich entschieden hinter die Forderung der Verfassung, wonach alles staatliche Handeln an Recht und Gesetz zu binden ist.

Verwaltung

Gedankliche Anleihen am Marktgeschehen bei der Gestaltung der öffentlichen Verwaltung, die nicht der Daseinsvorsorge dient, verbieten sich. Sie sind grundsätzlich sachfremd, da staatliche Leistungen durch Gesetz gestaltet, nach gesetzlichen Regeln zugeteilt und mit Steuergeldern oder Gebühren bezahlt werden. Die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte ist durch die Sicherung ausreichender Steuereinnahmen bei Schuldenfreiheit, schlankem Staat und effizientem Verwaltungshandeln sicherzustellen. Dabei ist insbesondere das Konzept des Open Government einzubeziehen. Kaufmännische Buchführung ist auf selbständig wirtschaftende Teile der Daseinsvorsorge zu beschränken und im Übrigen als überflüssiger Aufwand abzulehnen.

Entscheidend bei der Durchsetzung des Rechtsstaates in der Praxis ist das öffentliche Dienstrecht. Es muß rechtmäßig handelnde öffentliche Bedienstete gegen interessengesteuerte politische oder egoistische Angriffe schützen. Gleichzeitig muß die Disziplinierung des Personals im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Rechtmäßigkeit durch ein gestuftes, rechtlich geordnetes Verfahren sichergestellt sein.

Qualität und organisatorische Beweglichkeit sind durch eine breite Ausbildung als Zugangsvoraussetzung und durch Fortbildung zu sichern. Auch in der Verwaltung ist lebenslanges Lernen notwendig.

Da Tätigkeitsmerkmale die Personalstruktur festschreiben und als Leistungsmessung ungeeignet sind, sind sie im Interesse der organisatorischen Beweglichkeit und der Vergütung nach Leistung möglichst zu vermeiden.

Die AfD fordert: Die Leistungen des Öffentlichen Dienstes für das Gemeinwohl müssen angemessen honoriert werden. Das beinhaltet eine ideelle und materielle Würdigung der Arbeit, wobei die Arbeitsplatzsicherheit im Öffentlichen Dienst zusammen mit der Höhe der Vergütung und der Qualität der Alterssicherung geeignet sein muß, um im Wettbewerb um die am besten Qualifizierten bestehen zu können.

Dem Vertreter des öffentlichen Interesses ist die in Unabhängigkeit auszuübende Befugnis einzuräumen, bei Verdacht auf politisch motivierte Personalentscheidungen ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder die Abmahnung zu prüfen und den Untersuchungsführer zu bestimmen.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als politikferne Mittelbehörde verhindert den direkten Zugriff der politischen Führung auf den Vollzug von Gesetzen und ist daher ein verläßliches Element der Rechtsstaatlichkeit. Es nimmt außerdem unterhalb der Ministerien die unerläßliche Bündelungsfunktion wahr, die erforderlich ist, um Lebenssachverhalte, die die Zuständigkeit mehrerer Ministerien berühren, einer einheitlichen Entscheidung zuzuführen.
Die AfD fordert daher, die Mittelbehörde in ihrer Funktion zu stärken.

Der Gebietszuschnitt der Landkreise ist so zu wählen, daß die Größe eine ausreichende Spezialisierung des Personals erlaubt. Ist dies wie in Thüringen erreicht, leidet bei jeder weiteren Vergrößerung die Bürgernähe und es stumpfen insbesondere die Instrumente der direkten Demokratie und der Selbstverwaltung ab, ohne daß, wie die bisherigen Erfahrungen mit Gebietsreformen lehren, nachhaltig Kosteneinsparungen zu erwarten sind. Die AfD wendet sich daher gegen Bestrebungen einer erneuten Gebietsreform auf Kreisebene in Thüringen.
Die AfD unterstützt den Zusammenschluß von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften.

In Kreisfreien Städten und in Landkreisen werden als Entscheidungsorgan im Widerspruchsverfahren (verwaltungsgerichtliches Vorverfahren) Stadt- und Kreisrechtsausschüsse eingerichtet. Sie sind mit einem staatlichen Volljuristen und zwei vom Stadtrat bzw. Kreistag gewählten Beisitzern besetzt. Sie entscheiden über kommunale und im staatlichen Auftrag erlassene Verwaltungsakte. Rechtsausschüsse objektivieren das Widerspruchsverfahren, sind wegen der grundsätzlich mündlichen Verhandlung bürgernah, führen die Beisitzer an den rechtsstaatlichen Gesetzesvollzug heran und verschaffen den staatlichen auf Zeit abgeordneten Vorsitzenden unmittelbare Kommunalerfahrung.

Die kommunale Selbstverwaltung beinhaltet die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sowie die Entsorgung von Abwasser, Restmüll etc. Diese Aufgaben werden wirtschaftlich nur durch einen einzigen Betrieb erfüllt. Ein Markt existiert nicht. Die Aufgabenerfüllung im Verbund mit privaten Auftragnehmern eröffnet diesen eine wirtschaftliche Teilhabe an einem öffentlichen Monopol mit der Aussicht, ohne ernsthafte Konkurrenz neben Abschreibung und Eigenkapitalverzinsung Gewinn bei sicheren Einnahmen zu erzielen. Daß in solchen Zusammenhängen immer wieder zweifelhafte Parteispenden und „Versorgungsfälle" altgedienter Politiker auftreten, verwundert nicht.
Die AfD fordert daher: Ver- und Entsorgungsaufgaben mit Monopolcharakter auf der kommunalen Ebene sind kommunale Pflichtaufgabe. Die Netzleitungen sind Eigentum der Kommune und dürfen nicht veräußert oder verpachtet werden. Privatisierungen sind abzulehnen und ggf. rückabzuwickeln.

Innere Sicherheit

Der Eindruck, den der Bürger vom Stand der inneren Sicherheit hat, entscheidet über die Erfüllung eines Grundbedürfnisses. Hiervon hängt zugleich die Bereitschaft der Bürger ab, ihrerseits die öffentliche Ordnung und die Gesetze zu achten und sich für das sie schützende Gemeinwesen einzusetzen.

Verfassungsschutz: Es ist nicht Aufgabe der staatlichen Verwaltung, das politische Tun der Bürger zu bewerten. Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Organisation ist von der Verfassung

dem Verfassungsgericht zugewiesen. Dagegen ist es Pflicht der staatlichen Verwaltung, gewalttätige Strukturen – seien sie politischer oder unpolitischer Natur – sowie Spionage durch Einsatz geheimdienstlicher Mittel aufzuklären und so die Voraussetzung für ihre Bekämpfung zu schaffen.
Die AfD fordert daher, den Verfassungsschutz des Freistaates Thüringen auf diese Aufgaben zu konzentrieren. Schnittstellen zwischen Verfassungsschutz und Polizei sind zu benennen. Doppelte Zuständigkeiten sind zu vermeiden.

Polizei: Die Polizeistrukturreform war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Jedoch hat den politisch Verantwortlichen der Mut gefehlt, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen.
Die AfD fordert: Der Personalabbau bei der Polizei ist zu stoppen. Die innere Sicherheit erträgt kein Handeln nach Kassenlage. Die heutige Personalstärke ist Maßstab für die Personalplanungen bis zum Jahr 2020. Neueinstellungen sind entsprechend der Altersabgänge vorzunehmen. Der KOBB-Dienst (Kontaktbereichsbeamten) durch bürgernahe Polizisten, ist personell aufzustocken. Es darf keine rechtsfreien Räume geben.

Recht

Die Rechtspflege ist, wenn sie ihre zentrale Aufgabe, den Rechtsfrieden zu gewährleisten, erfüllen soll, auf Unabhängigkeit auf jeder Verfahrensstufe und bei jedem wichtigen Verfahrensschritt angewiesen. Bereits aufkommende Zweifel sind geeignet, den Erfolg zu gefährden. Schwindet das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz, ist die Gesetzestreue der Bürger gefährdet. Die AfD hält daher eine Rücknahme von politischen Einflußmöglichkeiten auf die Justiz für erforderlich.

Justizminister haben – anders als bei Richtern – gegenüber Staatsanwälten ein Weisungsrecht. Damit ist der Einflußnahme auf das rechtsstaatliche Verfahren und damit dem politischen Mißbrauch Tür und Tor geöffnet.
Die AfD fordert: Das Weisungsrecht des Justizministers gegenüber der Staatsanwaltschaft umfaßt nicht Entscheidungen der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Strafrechts.
Die Form der Einstellungsverfahren von Richtern über das Justizministerium ermöglicht die Einstellung nach Parteibuch. Bei der Einstellung von Richtern muß zweifelsfrei allein die fachliche Eignung Einstellungsvoraussetzung sein.
Die AfD fordert: Die Auswahl und die Einstellungsentscheidung von Richtern muß durch ein einzurichtendes Gremium erfolgen, in welchem ausschließlich Richter vertreten sind.

Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)

Das Übermaß an behördlicher Regulierung schadet der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, hemmt Modernisierungsprozesse in der Verwaltung, verhindert Bürgerbeteiligung und verschwendet Steuermittel.
Die Alternative für Deutschland fordert deshalb eine umfassende Modernisierung des Verwaltungshandelns, in welcher der Bürger im Mittelpunkt des Veränderungsprozesses steht. Wir verfolgen damit das Ziel, die Bürokratie abzubauen, standardisierte, digitale und barrierefreie Zugangskanäle zu Verwaltungsdienstleistungen anzubieten, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu stärken,

die horizontale und vertikale Verwaltungsarbeit zu verflechten, die partizipatorische Demokratie durch moderne Beteiligungsformen zu fördern und durch Transparenz das Vertrauen in Politik und Verwaltung wieder herzustellen. Die Modernisierung der Verwaltung ist für eine Neuordnung der Beziehung zwischen Bürger und Staat unumgänglich.

Allgemeine Forderungen

Wir fordern die Einrichtung eines Normenkontrollrats, um gesetzlich bestehende und geplante Vorhaben der Landesregierung hinsichtlich ihrer Erfüllungskosten für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu bewerten und um Alternativen zu evaluieren.
Wir fordern, daß die Ziele eines Offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns mit einer hohen Kosteneffizienz sowie einer generationsgerechten Finanzpolitik in allen Gebietskörperschaften Thüringens verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang ist die verpflichtende Einführung einer Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung für alle Städte, Gemeinden, Landkreise und Ämter des Freistaats Thüringen zu prüfen. Steuergeldverschwendung muß wie die Steuerhinterziehung konsequent geahndet werden.
Wir fordern eine gesamtheitliche Umsetzung von Open Government auf organisatorischer und technischer Ebene. Hierfür sind dedizierte und verpflichtende Rahmenbedingungen, wie die Verabschiedung eines Transparenz- und E-Government-Gesetzes zu schaffen. Ferner sind Synergien zu nutzen, welche sich aus der Nachnutzung bewährter Verfahren und Methoden anderer Bundesländer oder denen der internationalen Initiative „Open Government Partnership" ergeben.
Die Zusammenarbeit der Behörden muß intensiviert werden und elektronisch erfolgen. Hierbei sind Kompetenzen und Zuständigkeiten neu zu ordnen, die Zusammenarbeit mit landeseigenen Betrieben zu stärken und Medienbrüche zu vermeiden. Die Umsetzung muß mit einer Bewertung gesetzlich und nicht gesetzlich vorgeschriebener Aufgabenwahrnehmungen der Verwaltungen einhergehen. Dabei sind angebotsorientierte, ineffiziente und ineffektive Verwaltungsdienstleistungen mit Hilfe einer zentral koordinierten, leistungsfähigen und wirtschaftlich zu betreibenden Informations- und Kommunikationstechnik-Infrastruktur (IKT-Infrastruktur) grundlegend zu erneuern oder abzuschaffen.
Wir fordern eine tiefgreifende Modernisierung der Personalwirtschaft, welche eine Objektivierung von Stellenbesetzungen fördert, die Karriereplanung der Bediensteten verbessert, eine zeitgemäße und fachspezifische Weiterbildung ermöglicht, die Verbeamtungen zur Entlastung der Pensionslasten auf ein notwendiges Minimum reduziert, die steilen hierarchischen Organisationsstrukturen deutlich abflacht sowie sog. Whistleblower gemäß der Antikorruptionsorganisation „Transparency International" schützt.

Handlungsschwerpunkt Transparenz

Der Handlungsschwerpunkt Transparenz umfaßt die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Umsetzung des Bürgerwillens aber auch die Stimulierung des Binnenmarktes. Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln hilft, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.
Die AfD fordert die proaktive Veröffentlichung von Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten zur freien Nutzung. Die Daten sind mit Hilfe barrierefreier OpenData Portale nach dem Berliner oder Hamburger Vorbild verfügbar zu machen.

Exotische Datenlizenzen lehnen wir ab und fordern offene, interoperable Lizenzmodelle gemäß internationalen Standards.
Die Nichtveröffentlichung von Daten oder Informationen muß zukünftig auf Datensatzebene begründet werden. Darüber hinaus fordern wir entgeltbefreite Lehrmaterialien, die freie Veröffentlichung von Forschungsdaten und -ergebnisse sowie die Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten. Hierzu gehört auch die genaue Darstellung der Sach- und Personalausgaben für die jeweiligen Verwaltungsdienstleistungen.
Für die Korruptionsvorsorge fordert die AfD ein verpflichtendes Lobbyregister sowie die Offenlegung alle Verträge der öffentlichen Hand ab einem Gesamtvolumen von 10.000 €. Weiterhin fordern wir eine Darstellung der Einkünfte aller Abgeordneten und Parteien.

Handlungsschwerpunkt Partizipation

Durch Transparenz im staatlichen Handeln werden Potenziale für eine politische, gesellschaftliche und soziale Gemeinschaftsarbeit freigesetzt. Wir fordern, daß Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft dialogorientiert in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Dialog mit Politik und Verwaltung, wie etwa Volkspetitionen, Volksbegehren oder Volksabstimmungen müssen zukünftig mit Hilfe neuer Medien vereinfacht werden.
Wir fordern den Ausbau von offenen und sicheren Zugangskanälen zu Verwaltungsdienstleistungen unter Berücksichtigung zeitgemäßer Web 2.0-Technologien und Social Media. Um den hohen Sicherheitsanforderungen in den Verwaltungen gerecht zu werden, möchte die AfD zukünftig nach dem Grundsatz „Open Source First" bei IKT-Neuentwicklungen oder -Anschaffungen verfahren.
Mit Hilfe eines elektronischen Bürgerkontos soll zukünftig jeder Thüringer in der Lage sein, mit dem Dienstleistungsportfolio der Behörden zeitunabhängig in virtuellen Räumen zu interagieren. Im Vorfeld konkreter Rechtssetzungsvorhaben können beispielsweise Bürger in die politische Willensbildung mit einbezogen werden.

Handlungsschwerpunkt Kollaboration

Mit dem Handlungsschwerpunkt Kollaboration soll die offene und elektronische Zusammenarbeit von staatlichen Stellen untereinander sowie die mit der Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen bei der Erledigung von öffentlichen Aufgaben verbessert und beschleunigt werden. Unter Zusammenarbeit fällt die gemeinsame Umsetzung von öffentlichen Pflichtaufgaben, die Pflege eines gemeinsamen Wissens, die Öffnung von Gremienarbeit, die Zusammenarbeit auf Basis einer transparenten Aktenlage in virtuellen Arbeitsräumen bis hin zur gemeinsamen Gestaltung des Innovationsprozesses in den Verwaltungsorganisationen oder die gemeinsame Finanzierung von Projekten im allgemeinen Interesse.
Durch die Förderung föderaler IT-Kooperationen beispielsweise können Steuermittel gespart und öffentliche Dienstleistungen in hoher Qualität angeboten werden.

Haushaltspolitik, Wirtschaft, Verkehr und Tourismus

Ende 2019 läuft der Solidarpakt aus, mit welchem auch der Landeshaushalt unseres Freistaates in den vergangenen Jahren erheblich unterstützt wurde. Auch wenn Thüringen mittlerweile ohne Neu-

verschuldung auskommt, steht unser Land daher immer noch vor großen Herausforderungen. Allein für die nächsten beiden Jahre besteht ein weiterer Konsolidierungsbedarf in Höhe von 280 Mio. €.

Zudem hat Thüringen nach wie vor auch mit schweren strukturellen Problemen zu kämpfen. Exemplarisch hierfür stehen steigende Personalausgaben in der öffentlichen Verwaltung, die schrumpfende Bevölkerung unseres Freistaates und ein von den bisherigen Landesregierungen zu verantwortender Schuldenberg in Höhe von ca. 16 Mrd. €.

Auch die gewaltigen wirtschaftlichen Probleme der deutschen Solarwirtschaft, in welche die Landespolitik in den vergangenen Jahren große Hoffnungen gesetzt hatte, führen zu einem erheblichen Wegfall von Arbeitsplätzen in Thüringen, die u. a. über die Strompreise hochsubventioniert wurden und werden.

Unser Land steht daher vor der schwierigen Aufgabe, einerseits den Haushalt weiter zu konsolidieren und andererseits den Aufbau einer leistungsfähigen, einheimischen Wirtschaft – insbesondere durch Ansiedlung mittelständischer Unternehmen – weiter voranzutreiben.

Haushaltspolitik

Wir treten für eine Haushaltspolitik ein, die eine Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung unseres Landes ausschließt und auf die Tilgung des hohen Altschuldenberges abzielt. Nur so können wir auch in Zukunft trotz der sich prognostisch verringernden Bevölkerung in Thüringen politische Gestaltungsspielräume erhalten und Haushaltsrisiken wirksam begegnen.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Einführung eines demographischen Faktors ein, mit dessen Hilfe die Anzahl der Landtagsabgeordneten an die Bevölkerungszahl gekoppelt wird. Ein Abgeordneter sollte in Zukunft 35.000 statt gegenwärtig 25.000 Thüringer repräsentieren, was eine Absenkung von 88 auf 62 Parlamentarier bedeuten würde.

Der mit dem auslaufenden Solidarpakt einhergehende Wegfall von Einnahmen muß bei der Aufstellung weiterer Landeshaushalte zwingend und vorrangig berücksichtigt werden. Haushaltsüberschüsse müssen konsequent und vorrangig zur Altschuldentilgung verwendet werden. Die im EU-Haushalt für Thüringen vorgesehenen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfond (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sind auch zukünftig zu sichern.

Nach Überzeugung der AfD bedarf es zudem einer Modernisierung unserer Verwaltung und einer effizienteren Verwaltungsstruktur, um Haushaltsmittel zu sparen und insbesondere auch einen weiteren Personalzuwachs weitestmöglich zu vermeiden. Beispiele für verbesserungsbedürftige Verwaltungsstrukturen und - abläufe weist der Jahresbericht 2013 des Thüringer Rechnungshofs auf.

Die Förderung der politischen Stiftungen, die den im Landtag vertretenen Parteien nahestehen, sieht die AfD grundsätzlich kritisch und als reformbedürftig an.

Die AfD wird sich für eine bessere Kontrolle der Ausgaben der öffentlichen Hand einsetzen. Dies umfaßt auch die Schaffung von straf- und ordnungswidrigkeitsrechtlichen Regelungen zur Bekämpfung von Steuergeldverschwendung.

Schließlich wird die AfD einer weiteren Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Euro-Rettungspolitik entschieden entgegentreten. Es muß sichergestellt werden, daß unsere Steuergelder dort zum Wohl unseres Volkes eingesetzt werden, wo sie erwirtschaftet wurden und dringend benötigt werden - in Deutschland und unserem Freistaat Thüringen!

Wirtschaftspolitik

Die AfD sieht in einem gesunden Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft. Wirtschaftspolitik ist für uns in erster Linie eine Politik, welche die Ansiedlung und Entwicklung mittelständischer Unternehmen unterstützt. Wir betrachten es daher als unsere Aufgabe, die hierfür erforderlichen Standortvorteile im Land zu schaffen und offensiv zu vermarkten. Dazu zählt die finanzielle Förderung von Unternehmensansiedlungen innerhalb des durch EU-Beihilferegelungen gezogenen Rahmens, aber auch die Unterstützung der Unternehmen bei der Vernetzung und bei Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes. Die AfD will durch den Ausbau von Gründerzentren und durch neue Schulungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen die Gründung von Unternehmen erleichtern und fördern. Wirtschaftlich unsinnige Subventionen sind hingegen auf allen politischen Ebenen zu vermeiden.

Wir werden uns aber darüber hinaus dafür einsetzen, daß sich die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer und Kleinunternehmen deutlich verbessern. So sehen wir die Pflichtmitgliedschaft von Unternehmen, z. B. in der Berufsgenossenschaft sowie der Industrie- und Handelskammer, kritisch und als korrekturbedürftig an. Die AfD wird außerdem prüfen, wie durch die Senkung behördlicher und gesetzlicher Anforderungen größere Freiräume für Kleinunternehmen und nebenberufliches Unternehmertum geschaffen werden können.

Nahezu alle Unternehmen leiden zudem unter Vorschriften und Gesetzen, deren Zweckmäßigkeit und Erforderlichkeit zumindest fraglich ist. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Regulierung im Übermaß verhindert und abgebaut wird, damit insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen von bürokratischen Belastungen befreit werden. So werden wir z. B. allen Bestrebungen in der Politik Widerstand entgegenbringen, welche der Privatwirtschaft bei Stellenbesetzungen Geschlechterquoten oder vergleichbare ideologisch motivierte Zwangsverpflichtungen auferlegen wollen.

Wir werden uns für den Erhalt der traditionellen Handwerkerausbildung mit entsprechenden Qualifikationsprüfungen einsetzen. Bestrebungen, den Meisterbrief abzuschaffen, werden wir auf allen politischen Ebenen ablehnen.

Die AfD sieht in einer prosperierenden Wirtschaft keinen Selbstzweck. Vielmehr hat diese dem Menschen zu dienen. Wir werden uns daher für eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmern

einsetzen. Die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze muß bereits bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen berücksichtigt werden. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen, soweit sie dem Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten dienen, nicht mehr zu einem Ansteigen der individuellen Steuerbelastung des Arbeitnehmers führen (Abschaffung der sog. „Kalten Progression").

Löhne und Gehälter müssen eine Existenzsicherung der Beschäftigten sowie ihrer Familien ermöglichen. Es kann von uns nicht akzeptiert werden, wenn Unternehmen mißbräuchlich lohnergänzende Leistungen des Sozialstaats ausnutzen, um Menschen als billige Arbeitskräfte auszubeuten. Auch der Mißbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muß unterbunden werden. Wir werden uns insofern für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden gesetzlichen Regelungen und für wirkungsvolle Kontrollen einsetzen. Zudem gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schützen und weiter auszubauen. Entsprechende betriebliche Modelle sollten vom Land noch mehr Unterstützung erfahren.

Handlungsbedarf sieht die AfD auch bei der öffentlichen Vergabepraxis von Aufträgen, insbesondere bei großen öffentlichen Bauvorhaben. Wir werden uns dafür einsetzen, den Rechtsrahmen für öffentliche Vergaben von Leistungen zu verbessern. Strukturelle Probleme im Vergabeprozess der öffentlichen Hand führen bisher nicht nur dazu, daß die ausgeschriebenen Leistungen später regelmäßig erheblich teurer verwirklicht werden, sondern daß oftmals auch Unternehmen zum Zuge kommen, welche die qualitativen Erwartungen der öffentlichen Hand – z. B. an die Qualifikation des Personals – unterlaufen. Ortsansässige Bauunternehmen haben hierbei nicht selten das Nachsehen, obwohl sie in der Regel Mitarbeiter beschäftigen, die über eine qualifizierte berufliche Ausbildung verfügen.

Zudem setzen wir uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Sogenannte „Public Private Partnership" (PPP) - Modelle sehen wir insofern kritisch, als hierbei häufig eine Kostenintransparenz besteht und die Vergabekriterien große Baukonzerne vorrangig zum Zug kommen lassen. Derartige Modelle müssen auf das notwendige Minimum beschränkt werden.

Wir werden uns zudem für eine sachgerechte Schwellenwerterhöhung bei EU-weiten Ausschreibungen, insbesondere bei freiberuflichen Leistungen (VOF) einsetzen. So möchten wir erreichen, daß mehr Aufträge regional vergeben werden können.

Die Errichtung einer leistungsfähigen DSL-Infrastruktur auch in ländlichen Regionen ist aus Sicht der AfD eine wesentliche Grundvoraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung und regional verfügbare, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu ermöglichen. Wir werden uns daher dafür stark machen, daß der Aufbau von Hochleistungsnetzen weiter vorangetrieben wird und insbesondere auch die ländlichen Bereiche unseres Freistaates bei dieser Entwicklung nicht abgehängt werden.

Die AfD unterstützt ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf Landesebene. Die Vernetzung der Bundeswehr mit der zivilen Wirtschaft fördert und bereichert Kreise und Kommunen.

Auch daher ist der Verbleib der Bundeswehr im Freistaat Thüringen sehr wichtig und muß gefördert und unterstützt werden.

Verkehr

Die AfD ist sich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen an eine moderne Verkehrsinfrastruktur bewußt. Unser Land hat durch seine zentrale Lage in Deutschland, seine exzellente Anbindung an das Autobahnnetz, den Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der ICE-Strecken einen bedeutenden Standortvorteil. Diesen müssen wir zum Wohl unserer Bevölkerung und Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen.

Wesentliche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das Straßennetz. Wir werden uns nicht nur für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Instandhaltung der Straßen sowie Brücken, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses einsetzen, sondern im Rahmen des planmäßigen weiteren Ausbaus auch für eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Standards. Weiterhin wird die AfD für die berechtigten Interessen von Anwohnern an dem Erhalt bzw. der Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensqualität eintreten. In diesem Sinne werden wir uns u.a. dafür stark machen, daß im Investitionsrahmenplan des Bundes Ortsumgehungen für besonders schwerwiegend von der aktuellen Verkehrsführung belastete Ortschaften berücksichtigt werden. Der Einrichtung von Umweltzonen stehen wir hingegen wegen der damit verbundenen Einschränkungen kritisch gegenüber. Alternative Konzepte hierzu, wie die umweltsensitive Verkehrssteuerung, sollten vorrangig als Lösung in Betracht gezogen werden.

Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, daß unsere Autobahnen der schnellste und sicherste Straßenverkehrsträger bleiben und hierdurch unsere Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Daher befürworten wir eine situationsangepaßte Festlegung von Tempolimits auf Autobahnen. Auf freien Strecken ohne Gefährdungen soll es kein Tempolimit geben.

Der Ausbau und die Förderung eines bedarfsgerechten und nutzerfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs stellt einen zweiten wesentlichen Baustein der verkehrspolitischen Ziele der AfD dar. Während durch die Schaffung des neuen ICE-Knotens Erfurt und den fortschreitenden Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung bereits eine vergleichsweise gute Anbindung der städtischen Ballungszentren in Thüringen erreicht wurde bzw. zu erwarten ist, bedarf es in ländlichen Regionen unseres Freistaats weitergehender Anstrengungen.

Im Kern geht es uns hierbei um die Planung und Umsetzung eines landesweiten strategischen Konzepts für den öffentlichen Personennahverkehr mit Bus und Bahn. Hierdurch soll eine verbesserte Vernetzung und Erreichbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs auch im ländlichen Bereich gefördert werden. Als kostengünstigere Alternative zum Ausbau des Schienennetzes setzen wir uns in ländlichen Regionen für den Ausbau von Busverbindungen ein, mit denen auch auf die demographische Entwicklung unseres Landes flexibler reagiert werden kann.

Wo aus Kostengründen keine bessere Anbindung und Taktung des Schienenpersonennahverkehrs bzw. von Buslinien möglich ist, müssen vermehrt alternative Konzepte als Lösung umgesetzt werden.

Dies kann etwa durch eine weitere Vernetzung des Schienenverkehrs mit den anderen Verkehrsträgern geschehen, z. B. Rufbussen und Sammeltaxen.

Wir werden uns zudem für einen landesweiten Verkehrsverbund mit einer übersichtlichen und nutzerfreundlichen Tarifordnung stark machen.

Dem Radverkehr messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Bedeutung für den Tourismus in unserem Land große Bedeutung bei. Wir werden uns für den Ausbau von Radwegen und für das Schließen von Lücken im Radwegenetz einsetzen. Weiterhin sind wir auch gegenüber neuen Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität aufgeschlossen, wie z.B. Carsharing und Mietfahrradstationen. Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher innovativer Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.
Tourismus
Mit seinen noch intakten Natur- und Kulturräumen bietet Thüringen ausgezeichnete Voraussetzungen für Städtereisen, Fahrradtouren, Wintersport und auch für erholsame Tage in unberührter Natur. Gute Chancen weist auch der Gesundheitstourismus auf. Er bekommt Rückenwind durch das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung, die Alterung der Gesellschaft und den medizinisch-technischen Fortschritt. Die AfD wird sich dafür einzusetzen, daß Marketingkonzepte weiterentwickelt werden, mit denen in- und ausländische Touristen gewonnen werden.

Unsere ansprechenden historischen Stadt- und Dorfbilder gilt es ebenso zu erhalten, wie die landschaftlichen Reize unserer Heimat. Kulturelle Angebote Thüringens, die aus einer Kulturgeschichte von Weltrang in der Mitte Deutschlands hervorgehen, sind als zentrale Pfeiler des Thüringer Tourismuskonzepts einzubeziehen.

Landwirtschaft

Deutschland war der Geburtsort der modernen Landwirtschaft. Weltweit werden wir immer noch für die Pionierleistungen unserer Agrarwissenschaftler und Landwirte, die die Grundlage für die Produktion hochwertiger bezahlbarer Lebensmittel schufen und deren Erkenntnisse in der ganzen Welt übernommen wurden, dankbar bewertet.
Unsere Landwirte waren auch in der Vergangenheit – soweit sie den von der Politik bestimmten Spielraum dazu hatten - immer Bewahrer des natürlichen Lebensraumes einer Kulturlandschaft und damit handelnde und nicht redende Natur- und Umweltschützer. Im Sinne dieser Einheit von konstruktiver und wettbewerbsfähiger Landwirtschaft sowie Natur- und Umweltschutz will die Alternative für Deutschland die Zukunft im ländlichen Raum gestalten, dabei auch die Bevölkerungsstrukturen positiv entwickeln und regional binden. Für Mensch und Umwelt sinnvollen neuen Zukunftstechnologien steht die Alternative für Deutschland nicht ablehnend gegenüber. Fehlentwicklungen wollen wir hingegen beenden.

Pflanzenzüchtung und Gentechnik

Traditionelle und regionale Sorten müssen von Zulassungspflichten befreit bleiben, wenn sie durch jahrzehntelange praktische Anwendung ihre Verträglichkeit bewiesen haben.
Über den Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts sowie die Herstellung von Nahrungsmitteln aus gentechnisch veränderten Pflanzen besteht eine große gesellschaftliche Kontroverse, welche zum Teil Sorgen der Bevölkerung aufgreift, andererseits aber auch technikfeindliche Züge aufweist und für Deutschland kaum relevant ist, da Zulassungen so gut wie nie erteilt werden. Die mit dieser Technologie verbundenen Chancen nutzbar zu machen, ist aber ein signifikanter Beitrag technisch hochentwickelter Länder für die Bewältigung bestehender Probleme bei der Welternährung und der Einsparung von Pestiziden. Die AfD setzt sich daher einerseits für eine sachliche Aufklärung über die Chancen und Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft und andererseits für eine strenge Kontrolle bei der Zulassung entsprechender Technologien ein.

Wir werden uns dafür stark machen, daß für sämtliche Neuzüchtungen, unabhängig von ihrer Entstehungsmethode, die Zulassungspflicht erhalten bleibt.

Vorhandene oder natürliche Genstrukturen dürfen nicht patentrechtlich verwertet werden. Mit hohem Aufwand entwickelte neue Sorten müssen dagegen Patentschutz haben, da sonst keine Pflanzenzüchtung mehr möglich ist und der wissenschaftliche Fortschritt, also die wichtigste Ressource unseres Landes, auf diesem Gebiet zum Stillstand käme.
Gentechnische Züchtungsmethoden werden von uns abgelehnt, sofern sie nur der Gewinnmaximierung dienen. Einer Anwendung der Gentechnik verweigern wir uns aber dann nicht, wenn sie nachweislich zum Verzicht oder Einsparen von Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, z. B. dem Wegfall von tausenden Tonnen Pestiziden in die Umwelt oder der Schonung der natürlichen Insektenfauna führt. Daß diese Voraussetzungen erfüllt werden, muß in einem streng wissenschaftlich organisierten, politischer Einflussnahme nicht zugänglichen Zulassungsverfahren geprüft werden. In diesem Zusammenhang sehen wir die Resistenzzüchtung bzw. Gentechnik im Kombinationsverfahren mit Herbizideinsatz zur Zeit kritisch, da der einseitige Einsatz eines Wirkstoffes (z.B. Glyphosat) auch ein Weg zur Etablierung resistenter Unkräuter sein kann, die vorher keine Rolle spielten. Hier sehen wir ein Beispiel des falschen Entwicklungsansatzes mit Gefahr neuer Problemkreisläufe, welche die Bedeutung eines umfassenden und unabhängigen Zulassungsverfahrens verdeutlicht.

Eine Verteufelung der Gentechnik durch technikfeindliche gesellschaftliche Gruppierungen lehnen wir jedoch strikt ab. Für Mensch und Umwelt sinnvollen neuen Zukunftstechnologien steht die AfD nicht ablehnend gegenüber.

Energiepflanzenanbau

Aktuelle Untersuchungen (Nationale Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“) belegen: Sogenannte Bioenergie verbraucht zu viel Fläche und ist häufig mit höheren Treibhausgasemissionen und Umweltbeeinträchtigungen verbunden. Zudem konkurriert Bioenergie potenziell mit der Herstellung von Nahrungsmitteln. Durch die hohen Vergütungen für Bioenergie wurde das Gleichgewicht der Agrarpreise ungesund verschoben. Die AfD will geeignete Rahmenbedingungen im Interesse der Landwirte schaffen, um dieser Praxis entgegenzusteuern, konkret z.B. Subventionen des Erneuer-

bare-Energien-Gesetzes (EEG) für unsinnige und umweltbelastende Bioenergieanlagen beenden. Mittel für Forschung und Entwicklung im Agrarhaushalt, z.B. durch Wegfall falscher Subventionen für Bioenergie, sollten erhöht werden. Forschungsaufträge sollten nachgewiesene Zukunftsrelevanz haben.

Naturschutz

Niemand leistet durch reale Arbeit für den Naturschutz mehr als die Land- und Forstwirte. Auch die derzeitige Politik trägt dieser Tatsache bereits Rechnung, indem entsprechende Leistungen (Flächengestaltung, Feldgehölze, Randstreifen u.a.) anerkannt werden. Diesen Weg will die AfD weiter verfolgen und verbessern.
Wie auch von Sachsen gefordert, steht die Thüringer AfD zu einem allgemeinen Wildtiermanagement statt „Wolfsmanagement". Einseitige, ideologisch begründete Fehlentwicklungen sollen beendet, die heimische Fauna und Flora als Gesamtprojekt objektiv gesteuert werden. Wölfe bleiben Raubtiere, es darf darum durch sie niemals eine Gefahr für Menschen entstehen.

Ganz erhebliche Bedeutung für die Zukunft unseres Landes hat der Schutz und Erhalt unserer Bodenqualität. Die enorme Ausbreitung z.B. des Energiepflanzenanbaus kann hier dauerhaft zu Bodeneigenschaftsverlusten führen, wenn für den Bodenschutz sinnvolle Fruchtfolgen nicht mehr eingehalten werden. Die AfD plädiert darum auch für begrenzte Fruchtfolgevorgaben, z.B. Maximalanbauzyklen für bestimmte Monokulturen, die nur nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gesetzt werden sollen.

Massentierhaltung

Entscheidend ist nicht die Anzahl Tiere, sondern wichtig sind die artgerechten und gesundheitlichen Bedingungen des einzelnen Standplatzes pro Tier. Das weltweit beste Hygienesystem und der höchste Qualitätsstandard sind z.B. in der Milchproduktion ohne Massentierhaltung nicht mehr möglich. Der Umbau in eine ökologische Einzelhofhaltung würde den Hygienestandard nicht mehr halten und trotzdem die Kosten vervielfachen, da viele einzelne technische Strukturen und mehr Arbeitsaufwand finanziert werden müßten. Die Mehrheit der Bürger würde auf preiswerte Importlebensmittel (z.B. aus Massentierhaltung) ausweichen, die heimische Produktion damit abwürgen. Folgen wären: Abhängigkeit von Importen, Anstieg der Lebensmittelpreise und dann wieder Neuaufbau der heimischen Landwirtschaft auf – auch umweltbezogen - niedrigerem Niveau. Eine solche Politik wäre Zukunftsignoranz auf Kosten der nächsten Generationen.

Die AfD sieht Humanmedikamente in der Tierproduktion als Problem und will z. B. Massentierhaltung so tiergerecht gestalten, daß kein vorbeugender Einsatz von Antibiotika notwendig ist, da die Folgen für Resistenzbildung und Humanmedizin nicht sicher einschätzbar sind.

Die Alternative für Deutschland stellt sich klar gegen das Schächten als Schlachtmethode, weil es die grausamsten und langwierigsten Todesqualen verursacht, die man einem Lebewesen bei vollem Bewußtsein zufügen kann.
Dies hat in Deutschland keine Tradition, gute Landwirte vermeiden immer Qualen für Tiere. Dies wollen wir beibehalten.

Ökolandbau und konventionelle Landwirtschaft

Ökologische und konventionelle Landwirtschaft sind kein Widerspruch, ein solcher wird aber zum Teil aus ideologischen oder Marketingzwecken medial erschaffen.
Der Ökolandbau kann die konventionelle Landwirtschaft nicht ersetzen, weil er nicht die Kontinuität und Stabilität der Qualität und Erträge gewährleisten kann, die die Lebensmittelindustrie zwingend benötigt. Der mehrfache Arbeitskräftebedarf des ökologischen Landbaus bei geringeren Erträgen würde zudem die Lebensmittelpreise hochtreiben, so daß auch deshalb eine Rückentwicklung zur vollständigen ökologischen Landwirtschaft der Bevölkerung nicht zumutbar wäre. Auch im Hinblick auf den Hunger in der Welt wäre es unverantwortlich, weniger Grundnahrungsmittel pro Fläche herzustellen.
Die konventionelle Pflanzenproduktion hat sich in den letzten Jahrzehnten stark zur integrierten Pflanzenproduktion entwickelt. Das bedeutet, daß im Gegensatz zu der Zeit bis zu den siebziger Jahren, keine relevanten Schäden an der Umwelt durch die Pflanzenproduktion mehr entstehen. Die im Vergleich mit anderen Bundesländern besser funktionierende Thüringer Landwirtschaft soll nicht durch überflüssige Restriktionen zurückgeworfen werden. Das Lebensniveau im ländlichen Raum, also auch die Attraktivität für junge Familien, steht und fällt auch mit einer ökonomisch gesunden Landwirtschaft.
Die AfD setzt sich, wie in allen Gebieten, auch hier für eine objektive Problembetrachtung ein - es soll die Realität bewertet werden, ohne ideologische Verzerrung und Motivation. Ökologischer Landbau soll nicht benachteiligt werden, muß seine Kundschaft mit Ökoprodukten bedienen können, soll aber auch nicht künstlich mit falschen Subventionen über die Maßen aufgeblasen werden. Wir brauchen kein subventioniertes Bioobst für den Ramschtisch, sondern geprüfte Bioware und konventionelle Lebensmittel im Verhältnis zum Bedarf. Dies ist zu gewährleisten, zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Energieversorgung

Die Alternative für Deutschland sieht das Ziel einer sicheren, umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung durch die aktuellen politischen Rahmenbedingungen gefährdet. Der bereits vor Fukushima begonnene und umstrittene Umbau der Energieversorgung ist ins Stocken geraten. Ein Grund hierfür ist, daß der Zubau der sogenannten Erneuerbaren Energien weitgehend ungesteuert erfolgt. Er führte gerade in den vergangenen Jahren zu einem rasanten Anstieg der Kosten der Energieversorgung, welcher bereits aktuell nicht nur Haushaltskunden, sondern auch die inländische Wirtschaft erheblich belastet. Hierdurch droht eine weitere Deindustrialisierung unseres Landes, welche zu Arbeitsplatz- und Kompetenzverlusten unserer Volkswirtschaft führt.

Zudem kam es aufgrund der fehlenden bedarfsorientierten Integration der erneuerbaren Energieerzeugung bereits vermehrt zu kritischen Situationen im deutschen Energieversorgungsnetz, weil z. B. bei entsprechenden Witterungsbedingungen trotz geringer Stromnachfrage eine Überspeisung des Energieversorgungsnetzes mit Windenergie oder Solarenergie erfolgte. Gleichzeitig stockt der zur Entlastung erforderliche Netzausbau. Dem nach wie vor erforderlichen Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken fehlt die wirtschaftliche Grundlage, weil der Strompreis am Großhandelsmarkt

durch die Überförderung der Erneuerbaren Energien stark unter Druck geraten ist. Für neue, umweltschonende konventionelle Kraftwerke fehlt der erforderliche Investitionsschutz. Hierdurch tritt die paradoxe Situation ein, daß umweltschädliche Altkraftwerke nicht außer Betrieb genommen werden können, weil sie für die Systemstabilität weiter benötigt werden.

Vor allem die Grünen, aber auch SPD, CDU und FDP haben die Gefährdung unserer einst stabilen und vergleichsweise preiswerten Energieversorgung zu verantworten. Wenigen Profiteuren dieser Entwicklung steht der überwiegende Teil der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Landes gegenüber, welchen die auch im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohen Belastungen des Systemwechsels auferlegt werden. Die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung wird von den Altparteien mit dem Argument des sogenannten „menschenverursachten Klimawandels" begründet. Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig prognostizierten Klimaentwicklung und den menschgemachten Treibhausgas-Emissionen jedoch noch große wissenschaftliche Unsicherheiten. Dieser wissenschaftliche Stand der Erkenntnis kann den aktuellen radikalen Umbau der Energieversorgung zu Lasten des Großteils unserer Bevölkerung nicht rechtfertigen, zumal ein globales Problem nicht durch nationale oder europäische Alleingänge gelöst werden kann.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass beim Einsatz von Fracking die Gefährdung des Grundwassers durch wassergefährdende und gesundheitsschädliche Stoffe ausgeschlossen ist.

Erneuerbare Energien

Der zukünftige Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix muß unter Benennung der Folgen für die Versorgungssicherheit sowie die Kosten der Energieversorgung für Wirtschaft und Haushaltskunden offen und ideologiefrei erörtert werden. Die Befürwortung eines möglichst großen Anteils Erneuerbarer Energien an der gesamten Stromerzeugung steht im Widerspruch zur Ablehnung des dafür erforderlichen Netzausbaus, der Errichtung der fehlenden Speicherkapazitäten in Form von Pumpspeicherkraftwerken und entsprechender Erzeugungsanlagen (z. B. Biogasanlagen, Windkraftanlagen) durch große Teile der direkt betroffenen Bevölkerung. Hieran zeigt sich, daß die herausragende zukünftige Rolle der Erneuerbaren Energien vor allem ein Projekt von Politik und interessierten Teilen der Wirtschaft ist, der erforderliche Konsens in der Gesellschaft jedoch nur scheinbar besteht.

Damit die Erneuerbaren Energien zukünftig überhaupt ein akzeptierter Baustein einer bezahlbaren, ökologischen und sicheren Energieversorgung sein können, muß deren Förderung umfassend reformiert werden. Unser Freistaat muß dieses Ziel im Rahmen der politischen Diskussion und des Gesetzgebungsprozesses unterstützen, weil sich die negativen Auswirkungen der Förderpraxis auch gerade bei uns in Thüringen zeigen.

Wesentliche Bedeutung hat hierbei eine erhebliche Absenkung der Förderung Erneuerbarer Energien, z. B. bei den garantierten Abnahmepreisen für Neuanlagen. Allgemein muß eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration Erneuerbarer Energien erfolgen. Der Investitionsschutz für Bestandsanlagen muß allerdings

hierbei gewahrt werden. Zudem muß der Ausbau und die Förderung Erneuerbarer Energien am Bedarf, insbesondere der Stromnachfrage orientiert werden, um die Schaffung teurer Netzinfrastruktur auf das erforderliche Maß zu beschränken und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt zu vermindern.

Die AfD verwehrt sich gegen alle Überlegungen, den Zubau Erneuerbarer Energien auf Kosten zukünftiger Generationen vorzunehmen, wie beispielsweise durch den von Ilse Aigner bzw. Klaus Töpfer vorgeschlagenen sog. Streckungs-, Altschulden- und Innovationsfonds.

Der AfD ist bewußt, daß trotz der vorgenannten Maßnahmen eine signifikante Absenkung des Strompreises wegen der bereits eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Anlagenbetreibern nicht zu erwarten ist, sondern lediglich die derzeitige Kostendynamik effektiv gebremst werden kann. Weitergehendes Ziel muß daher die Absenkung des Anteils der Staatsquote an den Energiepreisen sein. Solange die Strompreise eine besondere Belastung der deutschen Industrie im internationalen Wettbewerb darstellen, muß zum Schutz deutscher Arbeitsplätze an einer Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen festgehalten werden.

Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen im Thüringer Wald, im Eichsfeld und anderen ökologisch sensiblen Flächen ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch unbelasteter Flächen für Fotovoltaikanlagen. Bei dauerhaft absehbarer Nichtnutzung sind als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Die Ausweitung des Energiepflanzenanbaus zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion muß nach Ansicht der AfD wegen der damit verbundenen Umweltschäden gestoppt und auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Gerade die auch in Thüringen häufig anzutreffenden Maismonokulturen fördern die Bodenerosion, den Wasserabfluß und Hochwasser durch Bodenverschlämmung, die Nitratbelastung im Trinkwasser und gefährden zudem die biologische Vielfalt.

Außerdem setzt sich die AfD für eine Vergrößerung gesetzlicher Mindestabstände von Windkraft- und Biogas-Anlagen zu Wohnbebauung ein.

Schwerpunkt Netze und Speicher

Anstelle des aktuell geforderten Netzausbaus muß die weitere Inanspruchnahme der Landschaft durch Stromtrassen und Pumpspeicherkraftwerke weitestmöglich vermieden werden. Primär muß dies durch Sicherstellung der erforderlichen konventionellen, grundlastfähigen Stromerzeugungseinheiten, die Steuerung des Zubaus ungesicherter Erneuerbarer-Energien-Kapazitäten und die Beendigung des unbedingten Einspeisevorrangs der Erneuerbaren Energien erreicht werden.

Die Kosten für den Ausbau und den Betrieb der Netze müssen möglichst gleichmäßig bundesweit verteilt werden. Soweit der Ausbau der Netze regional erfolgt, jedoch der bundesweiten Netzstabilität dient, müssen die entstehenden Kosten auch bundesweit umgelegt werden. Die AfD unterstützt daher die Forderung nach einer bundesweiten Umlage entsprechender Kosten.

Der Betrieb der Energienetze erfolgt bedingt durch die Konzessionsvergabepraxis mit zunehmender Tendenz kleinteiliger. Nicht immer dient dies einer effizienten und kostengünstigen Energieversorgung. Durch entsprechende gesetzgeberische Vorgaben muß die Konzessionsvergabepraxis auf das vorrangige Ziel einer effizienten Betriebsführung der Energienetze ausgerichtet werden.

Innovative Komponenten der zukünftigen Energieversorgung, zu denen insbesondere die Energiespeicher zählen, sollen gefördert werden.

Energieeffizienz

Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie ist weiter zu fördern. Dies gilt insbesondere für die energetische Gebäudesanierung, allerdings unter Wahrung des Denkmalschutzes. Die AfD lehnt die zwangsweise Verpflichtung von Eigentümern und Energieverbrauchern zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und Verbrauchseinrichtungen ab.

Schlußbetrachtung

Die Entwicklung der Alternative für Deutschland ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Nur wenige Monate nach ihrer Gründung konnte unsere junge Partei, getragen vom Enthusiasmus und Idealismus ihrer Mitglieder, ein Bundestagswahlergebnis von 4,7 % erringen. Ein gutes halbes Jahr später schenkten bereits 7 % der deutschen Wähler im Rahmen der Wahl des Europäischen Parlaments der AfD ihr Vertrauen.

In der AfD sammeln sich mündige Staatsbürger aus allen Teilen unseres Volkes, die die zukunftsgefährdenden politischen Fehlentwicklungen erkennen und den Mut haben, diese zu benennen. Gegen die Ideologie setzen wir den gesunden Menschenverstand, gegen den Versuch des Altparteienkartells, den politischen Diskurs einzuengen, unser Recht auf Meinungsfreiheit. In der Demokratie gibt es immer Alternativen. Diesen im politischen Raum Gehör zu verschaffen, treten wir als unverbrauchte und bürgerbewegte Partei ein.

Mit dem vorliegenden Programm zur Landtagswahl 2014 tragen wir als AfD in Thüringen erstmals unseren einheitlichen politischen Willen in die Öffentlichkeit.

Das Programm ist das Ergebnis eines im November letzten Jahres begonnen, basisdemokratisch angelegten Prozesses. Die in den verschiedenen Politikfeldern tätigen Arbeitsgruppen standen während der Arbeitsphase allen Mitgliedern, Förderern und interessierten Bürgern offen. Die praktizierte Offenheit hat dazu beigetragen, daß zahlreiche wertvolle Impulse von außerhalb kamen. In den Arbeitsgruppen wurde lebendig diskutiert und um manchen Standpunkt hart gerungen. Für viele vorher nicht politisch aktive Mitstreiter waren die letzten Monate ein pralles und hautnahes Demokratieerlebnis. Die zentrale Bedeutung der Kompromißbereitschaft im pragmatischen Tun konnte von allen Beteiligten nachvollzogen werden.

Obgleich die AfD ihren Ursprung in den großen Themen, wie der Kritik an der sogenannten Euroret-

tungspolitik oder dem EU-Zentralismus hat, erbringt sie mit der Vorlage von Landtagswahlprogrammen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen den Beweis, daß sie innerhalb kürzester Zeit auch landespolitische Expertise aufbauen kann. Wie in Brandenburg und Sachsen treten wir in Thüringen mit dem Anspruch zur Landtagswahl an, als mündige Staatsbürger, mit reichlich Berufs- und Lebenserfahrung dem zunehmend politikverdrossenen Souverän eine authentische Stimme in den Parlamenten zu geben. Unser vorrangiges Ziel dabei ist, die vielfach als erstarrt erlebte Parteiendemokratie wieder mit Leben zu erfüllen und einer Politik zum Durchbruch zu verhelfen, die die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes nicht verhindert, sondern sie sichert.

Ich danke herzlich allen, die in den letzten Monaten bereitwillig einen großen Teil ihrer Familienzeit und Freizeit geopfert haben, um an diesem Programm mitzuarbeiten. Mein besonderer Dank geht an die Arbeitsgruppenleiter, die für mich und die Gruppenmitglieder jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung standen, Gruppentreffen selbständig organisierten und widerstreitende Standpunkte versöhnten. Zuletzt sei noch die umfangreiche Arbeit unseres Redaktionsteams erwähnt, das in der Endphase des Arbeitsprozesses unter strikter Zeitvorgabe die Arbeitsgruppenergebnisse zusammenführte und redigierte.

Wir wollen Deutschland und Thüringen dienen!

Björn Höcke (Landessprecher der AfD Thüringen,
Prozeßverantwortlicher für die Programmarbeit)

Erfurt, im Juni 2014

Am 14. September AfD wählen

Aufbruch für Thüringen

Björn Höcke

Alternative für Deutschland

afd-thueringen.de